

als in der sogenannten »ersten Welle« der europäischen Frauenbewegungen der unmittelbare politische Einfluß, auch auf die Formulierung der frühen sozialpolitischen Programme, gering bis vernachlässigbar erschien. Trotzdem waren es gerade solche eher traditionellen oder gar konservativen Beweggründe, sich den Nöten von Frauen als Mütter anzunehmen, die in einer umfassenden politischen Analyse und im politischen Kampf für den Zusammenhang von so scheinbar disparaten Elementen wie Frauenwahlrecht, dem politischen Einfluß von Frauen und Fragen der materialen und konstitutionellen Bürgerrechte mündeten. Buttafuocos Rekonstruktion der Entwicklung hin zu den italienischen »Mutterschaftskassen« (*cassa di maternità*) bietet für dieses Beispiel ein besonders eindrückliches Anschauungsmaterial.

Hier, aber nicht nur hier, berührten die Fragen der sozialen Reform in Europa die Fragen von Differenz und Gleichheit. Wie modern und wie vielfältig die Antworten waren, die die europäischen Frauenbewegungen schon frühzeitig in die Debatten über die Entwicklung des Sozialstaates einführten, belegt diese Sammlung genauso wie sie die Gründe dafür aufzeigt, daß diese Vorschläge ungehört blieben. Damit aber leistet sie eine notwendige Erinnerungsarbeit just zu einem Zeitpunkt, an dem die Reform des Sozialstaates erneut die Frage nach ihren vorgeblich geschlechtsneutralen Interessen aufwirft.

*Reinhard Flessner, Freiburg*

Linda Gordon, *Pitied but not Entitled. Single Mothers and the History of Welfare, 1890–1935*, Harvard UP, Cambridge/Mass. 1995, 433 S., brosch., 9,95 \$.

Am Ende der 1980er Jahre, so resümiert Linda Gordon am Schluß ihrer umfassenden Untersuchung, kamen über 80 Prozent der Ausgaben der U.S.-amerikanischen Sozialprogramme den »Nicht-Armen« zugute. Wie aber erklärt sich, daß gerade unter diesen Umständen die konservativen Angriffe auf ein scheinbar aus den Fugen geratenes System der Sozialversicherung an Schärfe und Gewicht gewannen? Und wie sind die letzten Etappen zu bewerten und zu interpretieren, wie sie im Scheitern genauso wie in den philosophischen Grundlagen des Versuches der Regierung Clinton zu besichtigen waren, eine grundlegende Reform der Sozialpolitik in den USA auf den Weg zu bringen? Besser: Eine sozialpolitische »Kehre«, die zwischen »verdienten« und »unverdienten« Sozialleistungen rigoros zu trennen suchte und die »welfare« durch »workfare« ersetzen wollte.

Kein einzelnes Sozialprogramm hat in diesen Debatten und Glaubenskämpfen so oft und so ausgiebig als Schreckgespenst und Menetekel herhalten müssen, wie die »Hilfen für Familien mit abhängigen Kindern« (*Aid for Families with Dependent Children/AFDS*). Sein historischer Vorläufer, das Program »Aid for Dependent Children« (*ADC*) stellt den roten Faden dar, anhand dessen die Verfasserin, eine ausgewiesene Frauenhistorikerin, nicht nur die konstitutiven Jahrzehnte eines politisch höchst umstrittenen Hilfsprogrammes rekonstruiert, sondern auch einige wesentliche und kategoriale Merkmale der allgemeinen politischen Auseinandersetzungen herausarbeitet, die die Geschichte der Sozialpolitik in den USA seit dem Ende des Bürgerkrieges begleitet und geprägt haben. Diese historische Transformation in der Bedeutung des Begriffes »Wohlfahrt« von einer beinahe romantischen Beschreibung arkadischer Zufriedenheit hin zu einem polemischen Schimpfwort kann, so führt das Buch überzeugend aus, nicht ohne Bezugnahme auf Kategorien wie Klasse, Rasse und Geschlecht verstanden werden. Damit aber zeichnet es nicht nur eine wichtige Episode in der Entwicklungsgeschichte des amerikanischen Sozialstaates nach, sondern es listet auch ein Gruppe von Faktoren auf, die einen neuen, anderen und vielsagenden Zugang zur Analyse der Sozialpolitik in den USA bieten.

Gordons Diskussion der Geschichte von ADC und AFDS ist eingebettet in grundsätzliche Überlegungen zu Bedeutung und Bedeutungswandel von »Wohlfahrt« und »Staatsbürgerschaft« in den USA im 20. Jahrhundert. Das prinzipielle Paradoxon des amerikanischen Wohlfahrtsstaates (oder was dafür gehalten werden kann), das sie anfangs konstatiert, wird dabei zum Leitmotiv ihrer Darstellung, nämlich die »perverse tendency of our welfare system to deepen inequality«. Nirgends ist diese Tendenz deutlicher als bei Frauen abzulesen. Und nirgendwo scheinen die Paradoxien und Widersprüche offener zu Tage zu liegen als bei Müttern, deren Rolle in so vielfältiger Weise in die großen Veränderungen eingebunden ist, die der industrielle Kapitalismus in den USA seit dem 19. Jahrhundert bewirkt hat. Bei den Vorstellungen über – und in der materialen Realität von – Kleinfamilien, Geschlechterrollen und -beziehungen, Patriarchat, Familieneinkommen oder nachbarschaftlichen Beziehungen, mit denen diesen epochalen Veränderungen begegnet wurden, kam dem Bild der Frau als Mutter eine zentrale Bedeutung zu. Wenn inmitten dieser zentralen Sorge um das Schicksal der amerikanischen Frauen und Mütter, wie die Autorin festhält, die Erkenntnis wächst, daß diese die am schlechtesten behandelte Klientel der Sozialpolitik in den USA darstellen, dann scheint damit eine feministische Perspektive zwingend notwendig. Erst recht, wenn das relative politische Gewicht in Rechnung gestellt wird, das die amerikanische Frauenbewegung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts genoß – und bis zum heutigen Tage genießt.

Den Beginn und die Grundlage dieser scheinbar widersprüchlichen Entwicklungen sucht und findet Gordon in der historischen Dreiteilung der ideologischen und politischen Rechtfertigung für sozialpolitische Maßnahmen in den USA: Bedürftigkeit, Verdienste und Rechte. Innerhalb dieser Typologie bildete sich aber recht bald – und eben besonders mit den ersten umfassenden Versuchen des New Deal Mitte der 1930er Jahre – eine Dichotomie aus, die dafür sorgte, daß »Bedürftigkeit« als eine legitimierende Norm denunziert, diffamiert und schließlich marginalisiert wurde. Gerade die Sozialprogramme für alleinstehende Mütter, die einzelne Bundesstaaten bereits nach dem Bürgerkrieg als erste Maßnahme dieser Art seit den Kriegsofferrenten eingeführt hatten, lassen diese Verschiebung vom Prinzip der karitativen Fürsorge des 19. Jahrhunderts zum Grundsatz der einkommensabhängigen Vorsorge sichtbar werden, der die amerikanische Sozialpolitik seit den 1930er Jahren antreibt und definiert. Waren die öffentlichen »Mütterhilfen« zunächst das Modell für andere staatliche Sozialprogramme, so offenbarten sich sehr schnell die Grenzen dieser Entwürfe, die einerseits den traditionellen Bildern einer Familie verpflichtet waren, in der der Mann das existenzsichernde Einkommen beizubringen hatte und die andererseits sorgfältig und peinsam »Bedürftigkeit« festzustellen und zu überprüfen hatten. Eine der interessantesten Darstellungen des Buches kreist um die vielschichtige, widersprüchliche, progressiv-emanzipatorische und gleichzeitig zutiefst konservative Wirkung, die Sozialreformerinnen und Sozialpolitikerinnen in diesem Prozeß zukam. Hier bewirkte der Klassenstandpunkt von Frauen, die zumeist aus wohlhabenden, weißen Familien stammten, die philosophische und dann auch praktisch-politische (Selbst-)Begrenzung ihrer emanzipatorischen Interessen, die sie auf einem der wenigen professionellen Felder auszuformen suchten, die ihnen von Männern überlassen blieben.

Gordon zeigt nicht nur, wie sich diese Unausgeglichenheiten über persönliche Netzungen und über Generationen von Frauen fortsetzten, die sich auch politisch gegenseitig zu unterstützen suchten, sondern sie hellt durch den Vergleich mit den – beinahe gezwungenermaßen – umfassenderen Entwürfen schwarzer Sozialaktivistinnen auch die Gründe für die Begrenztheit dieser Visionen auf. Die politisch einflußreichen Frauen, die seit den 1920er Jahren in Washington und in den Bundesstaaten Einfluß auf die institutionalisierte Sozialpolitik nahmen, hielten an dem traditionellen Konzept des männlich definierten Familieneinkommens fest. Und sie konnten oder mochten nicht von dem

Prinzip der individuellen Prüfung zugunsten eines allgemeinen Rechtes auf eine Minimalversorgung lassen, das etwa ihre schwarzen Mitstreiterinnen nicht zuletzt deshalb befürworteten, weil viele der schwarzen Männer keine realistische Möglichkeit hatten, ein genügendes Einkommen zu erzielen. Gordon seziert durchgehend diese untergründigen, wenig reflektierten und noch weniger artikulierten Vorannahmen und macht auf diese Weise deutlich, warum Frauen ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als Überlegungen zum prinzipiellen Anspruch des Bürgers auf eine soziale Grundausstattung im Zeichen der Krise an Bedeutung gewannen, nahezu ohne Einfluß blieben. Die Sozialgesetzgebung des New Deal wurde nicht nur nahezu ohne Frauen geschrieben, sondern sie legte durch ihre Konzentration auf einkommensabhängig »verdiente« Sozialleistungen auch die Saat von Stigmatisierung und Diskriminierung, die die Hilfsprogramme für alleinstehende Mütter für die konservativen Reformer à la Gingrich in unseren Tagen zur beliebtesten Zielscheibe für ihre polemischen Angriffe gemacht hat. Ihnen gegenüber stehen aber die nun auch politisch einflußreichen Gruppen derjenigen, die von diesem System der sozialpolitischen Klassenteilung profitieren. Während sie aber politisch immer besser und effektiver organisiert sind, versinkt die wachsende Gruppe der »Unverdienenden« auch in politischer Bedeutungslosigkeit. Sie werden, wie Gordon überzeugend darstellt, sozial deklassiert und bleiben ohne eine praktische Chance, ihre Bürgerrechte zu verwirklichen.

Man kann diesem wichtigen Buch unschwer die politische Relevanz entnehmen, die es für die heutige Diskussion über »workfare« versus »welfare« in den USA hat – und ja nicht nur dort. Und auch wenn die Präsentation zuweilen ahistorisch auszuwuchern scheint, etwa bei den optimistischen Annahmen über Bewußtseinsgrad und Größe der lesbischen Frauenbewegung in den 1930er Jahren: Linda Gordons Untersuchung führt das Bemühen um das historische Verständnis des gespaltenen und fragmentarisierten amerikanischen Sozialstaates weiter. Und ihre erweiterte Sicht sollte auch dazu führen, unseren Blick auf andere Etappen dieser Entwicklung neu zu überdenken.

*Reinhard Flessner, Freiburg*

Michael B. Katz, *Improving Poor People. The Welfare State, the »Underclass«, and Urban Schools as History*, Princeton UP, Princeton 1995, XI + 179 S., geb., 22,50 \$.

Auch in den USA bestimmen seit den 1980er Jahren das Problem einer neuen, vor allem innerstädtischen Armut und die Krise des Wohlfahrtsstaates die politische Debatte. Die Reform der sozialen Sicherungssysteme steht wieder auf der Tagesordnung. Damit haben Probleme eine neue Aktualität gewonnen, mit denen sich der Sozialhistoriker Michael Katz, tätig an der University of Pennsylvania, ein ganzes Forscherleben lang intensiv und engagiert beschäftigt hat. In Deutschland ist seine 1975 erschienene Sozialstruktur- und Mobilitätsstudie »The People of Hamilton, Canada West«, die man der seinerzeitigen quantifizierenden »New Urban History« zurechnen kann, wahrscheinlich am bekanntesten geworden. Daneben hat er zahlreiche einflußreiche Bücher über die Geschichte der Armut, der Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaates im 19. und 20. Jahrhundert sowie Studien zur frühen Bildungs- und Schulreform in Amerika vorgelegt. Das neue Buch nimmt all diese Themen auf, will aber nicht eigentlich wissenschaftlich Neuland betreten und auch keine Zusammenfassung oder Synthese im herkömmlichen Sinne bieten. Katz versucht hier eine streckenweise sehr persönlich gestimmte Bilanz, die von der Frage nach den Einflußmöglichkeiten der Geschichtswissenschaft auf politisches Handeln in der Sozialreform getragen wird. Das ist für den Autor keine akademische